

19. September 2019

Stellungnahme der FDP-Fraktion zur Diskussion über die Ausrufung eines Klimanotstandes in SHS (Sitzung des Energie- und Umweltausschusses vom 18.09.2019)

Die FDP-Fraktion dankt dem Jugendparlament (JuPa) für seine Antragsinitiative und auch für das damalige Angebot einer Beteiligung an dem Antrag. Das zeigt, dass es den jungen Menschen nicht um parteipolitische Debatten geht, sondern rein um die Sache. Und das ist gut so.

Der Antrag des Jugendparlaments hat bei uns vor Ort in SHS etwas ausgelöst. Das Thema Klimaschutz steht nun auch hier im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Vermutlich hätte es die Anträge von FDP und CDU zu dem Thema zum jetzigen Zeitpunkt nicht gegeben, wenn nicht die Jugendlichen den Anstoß gegeben hätten.

Wir gehen die Fragen des Klimaschutzes mit großer Ernsthaftigkeit an. Auch wir erkennen an, dass mehr geschehen muss und gehandelt werden muss. Auch wir wollen den nachfolgenden Generationen etwas Positives hinterlassen und dazu unseren größtmöglichen Beitrag leisten.

Die Vertreter des Jugendparlaments haben klar und engagiert für ihre Sache im Ausschuss argumentiert. Dafür gehört ihnen der Respekt und die Anerkennung der FDP-Fraktion.

Dennoch teilen wir einige Inhalte des Antrags des Jugendparlaments nicht und können ihn daher auch nicht unterstützen. Dabei geht es uns im Wesentlichen um zwei Punkte:

1. Das JuPa fordert, dass zukünftig die Auswirkungen auf den Klimaschutz bei allen lokalen politischen Entscheidungen aufgezeigt werden und die jeweils klimafreundliche Lösung den Vorzug erhalten soll. Das geht uns zu weit. Als Lokalpolitiker haben wir neben dem Klimaschutz auch andere Aspekte, wie gesellschaftliche, soziale und finanzielle Fragen zu berücksichtigen. Eine Abwägung muss weiterhin möglich.
2. Der Begriff Klimanotstand birgt für uns die Gefahr, dass in Zukunft bei Antragsinitiativen aus allen möglichen Richtungen der ausgerufenen Notstand als Argument angeführt wird. Motto: „Ihr habt doch den Klimanotstand ausgerufen. Wie könnte ihr nun gegen diese oder jene Maßnahme sein?“. Wir wollen nicht zukünftig immer wieder mit dem harten Begriff des Klimanotstandes konfrontiert werden und diesen als ideologisches Argument für alle mögliche Themen vorgehalten bekommen.

Wir haben als FDP-Fraktion einen Alternativantrag eingereicht, um klar zu machen, dass wir das Grundanliegen des JuPa teilen und wir deren Initiative nicht einfach nur ablehnen

wollten. Uns geht es darum zukünftig über zusätzliche Maßnahmen zu sprechen, die den Klima- und Umweltschutz hier vor Ort lokal befördern und etwas konkretes beinhalten. Wir wollen keine bloße öffentlichkeitswirksame Symbolpolitik.

Eine unserer Kernforderungen lautet etwa, dass bei allen zukünftigen Beschlussvorlagen der Verwaltung immer auch die Auswirkungen auf den Klima- und Umweltschutz mit angegeben werden. Soweit deckt sich unser Antrag mit dem des JuPa. Allerdings dient das aus unserer Sicht zunächst als zusätzliche Transparenz bei politischen Entscheidungen und nicht als ultimative Entscheidungsmaxime. Wir wollen auf Basis dieser Transparenz und in Abwägung weiterer Aspekte bewusstere Entscheidungen fällen können.

Die FDP-Fraktion steht voll zu dem Angebot, einen gemeinsamen Beschluss aller Fraktionen und des JuPa zur zukünftigen Ausrichtung in der Klimaschutzpolitik auf den Weg zu bringen. Wir werden daran konstruktiv mitarbeiten und auch den Erkenntnisgewinn aus der Ausschusssitzung mit einfließen lassen. Wir hoffen, dass möglichst alle sich daran beteiligen. Der Fokus liegt für uns dabei auf konkreten Vorschlägen, die vor Ort lokal zur Anwendung kommen können. In erster Linie betreiben wir als Kommunalpolitiker Politik für SHS. Wir machen keine Weltpolitik.

Was bleibt von der Ausschusssitzung sonst?

Große Verwunderung über die SPD. Mit drei Personen im Ausschuss vertreten, hat sie es geschafft in der zweistündigen Debatte nicht einen einzigen inhaltlichen Beitrag zu leisten. Die SPD findet in weiten Teilen in SHS nicht statt.

Große Verärgerung über Bruno Reinke von den Grünen. Es war klar spürbar, dass es ihm in der Diskussion nicht eine Sekunde darum ging, für die Sache nach einer mehrheitsfähigen Kompromisslösung zu suchen. Da war nichts Konstruktives. Lärm, Konfrontation und Skandalisierung waren für Herrn Reinke offenbar schlicht wichtiger.

Ein Appell vor allem an das JuPa doch über eine Beteiligung an der Erarbeitung eines gemeinsamen Antragspapiers nachzudenken. Die Einladung dazu steht jedenfalls!